



KJM im Dialog, 11. Mai 2016

„Klartext zu Jugendschutzprogrammen: Sinn oder Unsinn?“

Keynote (10 Minuten)

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

„Du darfst heute nach der Schule eine Stunde fernsehen, danach wird die Kiste ausgemacht!“ – Diese wirklich einfache Form des Jugendmedienschutzes, wie ich sie noch aus meiner Kindheit in Erinnerung habe, ist lange passé. Sie funktioniert schlicht nicht mehr.

Heute ist es nahezu unmöglich, eine „technikfreie Zeit“ zu verordnen. Digitale Medien prägen den Alltag unserer Kinder und Jugendlichen wie nie zuvor. Daraus ergeben sich vielfältige Chancen. Digitale Medien bieten zum Beispiel die Möglichkeit, individuell zu lernen und zu lehren. Das sorgt für ein tieferes Verstehen. Auch können Stärken und Schwächen schneller erkannt und darauf reagiert werden.

Gleichzeitig sind Kinder und Jugendliche im Netz auch stetig mit neuen Herausforderungen und Gefahren konfrontiert: Cybermobbing, sexuelle Belästigung oder gewaltverherrlichende Darstellungen.

11.05.2016

Denn auch wenn Eltern Computer- oder Handynutzung auf dem Gerät ihrer Kinder durch Schutzprogramme regulieren – was ohne Zweifel sinnvoll ist – gibt es bei Freunden, in der Schule oder im Jugendclub zahlreiche Möglichkeiten, ins Netz zu gehen.

Auch traue ich einem 15-jährigen die IT-Kompetenz zu, bestimmte Schutzwälle zu umgehen. Das kann für sein späteres Berufsleben ein wunderbarer Sachverstand sein – für seinen Schutz im Netz zeigt es: Schutzprogramme sind sinnvolle und wichtige Mechanismen, sie müssen aber Hand in Hand gehen mit weiteren Netz-Kompetenzen.

Oft sind wir als Politik und Gesellschaft schlicht zu langsam. Die digitale Revolution entwickelt sich rasant. Ihre Geschwindigkeit ist enorm, ihre gesellschaftliche Durchdringungskraft beeindruckend. Alle gesellschaftlichen Regulierungsversuche haben es da schwer, Schritt zu halten.

Im Bereich der Medienpolitik ist das keine Neuigkeit: Bis zurück zur Erfindung des Buchdrucks reichen die Belege dafür, dass neue Wege der Verbreitung und Speicherung von Informationen Gesellschaften fundamental verändern. Und es wäre gelogen, wenn wir behaupten würden, dass diese Umbrüche geplant und wohl geordnet von statten gehen.

Um das Problem sinnvoll anzugehen, müssen wir zunächst den prägenden Grundkonflikt des modernen Jugendmedienschutzes identifizieren. Dieser lautet meiner Meinung nach so: Einerseits wollen wir unsere Kinder vor schädigenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Inhalten schützen. Andererseits wollen wir aber auch, dass sie die Welt da draußen kennen lernen und ihr moralisches Urteilsvermögen an und über diese Welt entwickeln. Die Wirklichkeit hat nun mal positive und auch negative Seiten. Die Medien fokussieren diese Wirklichkeit wie im Brennglas. Da-

bei gilt: Nicht das Medium, sondern der Inhalt entscheidet, ob Dinge gut oder böse sind.

Das Ziel ist also relativ schnell ausgemacht: Wir brauchen eine flächendeckende Strategie, die bestenfalls auch nicht an unseren Grenzen halt machen darf. Das tut das Netz ja auch nicht.

Und hier kommen wir zum Kern der Problematik. Hier steht eine Politikerin vor Ihnen, die es geschafft hat, in knapp fünf Minuten die Problemstellung und das Ziel darzustellen. Ich vermute mal, die meisten Fachkollegen in den Ländern und im Bund könnten hinter beides einen Haken setzen. Nur: Mit dem „wie“ kommen wir einfach nicht so richtig weiter.

Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag wird dieses Jahr immerhin schon 13 Jahre alt. Mit dem 13. Geburtstag beginnt normalerweise die Pubertät und irgendwie auch eine der besten Phasen des Lebens. Im rasanten Bereich Medienpolitik ist man nach 13 Jahren allerdings steinalt und absolut von vorgestern.

Die gute Nachricht ist: im Moment hat man ja durchaus das Gefühl, dass Schwung in die Sache kommt.

Die Länder arbeiten an einem neuen Versuch der Novellierung des JMStV. Unter anderem geht es um mehr Verantwortung für die Selbstkontrollen. Durchaus ein guter Ansatz. Die Landesmedienanstalten, die KJM, „jugendschutz.net“, die Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle und viele mehr tragen alle zu einem funktionierenden Teil des Systems bei und leisten sehr gute Arbeit.

Eine Bund-Länder-Kommission arbeitet an einem Konzept für einen wirkungsvollen Jugendschutz im Netz. Die enge Verzahnung der beiden Ebenen ist mehr als sinnvoll, da wir mit dem Jugendschutzgesetz und dem Jugendmedienschutzstaats-

vertrag zwei Regelungsbereiche in Bund und Ländern haben, die das Thema stark berühren, aber nebeneinander her funktionieren.

Auch bei den Fraktionen im Bundestag steht das Thema oben auf der Agenda. Ich würde mir wünschen – und dafür kämpfe ich auch in meiner Fraktion und meiner Partei – dass wir eine Stärkung des technischen Jugendmedienschutzes erreichen. Auch der Verbreitungsweg bestimmter Inhalte darf dabei keine Rolle für den Jugendschutz spielen. Das muss meines Erachtens möglich sein, abseits von Kompetenzgerangel zwischen politischen Ebenen und all den Schwierigkeiten, auf die ich gleich noch zu sprechen komme.

Diese Stärkung des technischen Schutzes funktioniert genau dann, wenn Eltern die Programme stärker für ihre Kinder und Jugendlichen nutzen. Dazu kann und muss man verstärkt Elternarbeit und Aufklärung betreiben – ein wichtiger erster Punkt. Mir ist aber auch wichtig, Hersteller dazu anzuhalten, Jugendschutzprogramme auf Endgeräten vorzuinstallieren. Diese müssen leicht zu bedienen und für Nutzer unterschiedlichen Alters automatisch einstellbar sein. Die Entscheidung über das individuelle Schutzniveau für ihr Kind bleibt dann bei den Eltern.

Anbieter wie Google und Apple, wie Sony, Microsoft und Nintendo haben schon vorgemacht, wie es besser geht. Sie und andere haben Schutzprogramme innerhalb ihrer Systeme entwickelt, die super Filterquoten haben und von Eltern zum Teil unglaublich gut genutzt werden – unter anderem weil die Systeme die Eltern direkt ansprechen und die Einrichtung möglichst einfach ist.

Schutzmöglichkeiten für solche geschlossenen Systeme, wie Apps oder Konsolen, haben wir bis jetzt beim digitalen Jugendschutz schlicht ausgeblendet. Mit dem neuen JMStV sollen sie endlich auch anerkennungsfähig werden. Das ist richtig und wichtig, denn genau hier sind die Kinder und Jugendlichen zum allergrößten

Teil unterwegs. Dadurch haben wir die Chance, dass Eltern Jugendschutzprogramme deutlich positiver wahrnehmen und diese öfter nutzen. Denn Eltern sind und bleiben die wichtigsten Player beim Schutz der Kinder und Jugendlichen im Netz. Wenn wir sie nicht ins Boot holen, haben wir es ganz schwer.

Ihnen kommt bei der Aufklärung ihrer Kinder den maßvollen und richtigen Umgang mit digitalen Medien eine Schlüsselrolle zu. Nebenbei bemerkt: Dabei geht es nicht nur darum, den Nachwuchs vor externen Gefahren aus dem Netz zu schützen. Wir müssen ihnen auch beibringen, wann sie beispielsweise selber gegen Regeln verstoßen: Wenn ein 16-jähriger Nacktfotos seiner 14-jährigen Freundin auf dem Smartphone hat, kann er sich damit durchaus strafbar machen. Den meisten ist das nur überhaupt nicht klar.

Mit unseren politischen Entscheidungen müssen wir das Erziehungsrecht und die Bildungsaufgabe der Eltern unterstützen – praktikable und sinnvoll nutzbare Jugendschutzfilter sind hier ein ebenso wichtiger Baustein wie die Weiterentwicklung der bereits bestehenden vielfältigen Informationsangebote, beispielsweise von Klicksafe und FragFinn.

Mein Eindruck in diesem Zusammenhang ist: Die meisten Eltern heute wollen nicht einfach nur die Geräte abschalten können, sie wollen verstehen. Und das ist auch elementar wichtig. Gerade weil Jugendschutzprogramme – so gut sie auch sein mögen – nicht alle Gefahren und Risiken im Netz abblocken können, muss das Elternhaus ein Raum sein, der offen für das Netz ist. Das erzähle ich Müttern und Vätern in meinem Umfeld immer wieder. Kinder und Jugendliche werden online mit Dingen konfrontiert, die ihnen komisch vorkommen, die Unwohlsein verursachen, die ihnen vielleicht sogar Angst machen. Wenn wir als erwachsene Bezugspersonen den Eindruck vermitteln, dass das Netz etwas Böses, Verruchtes, leicht

Verbotenes ist, werden sie mit ihren Sorgen und Nöten darüber nicht zu uns kommen. Die potentielle Gefahr aber bleibt.

Der Einsatz von Jugendschutzprogrammen kann dabei durchaus den Dialog zwischen Eltern und Kind fördern und ist so auf eine ganz andere Art und Weise Teil eines funktionierenden Schutzkonzepts: Eltern werden beispielsweise über vom Programm blockierte Anfragen des Kindes informiert, um gegebenenfalls eine Freigabe zu erteilen. Gegebenenfalls können sie dann aber auch gleich mit ihrem Kind über das Thema sprechen und an einem gemeinsamen Verständnis arbeiten.

So wie im Jugendmedienschutzstaatsvertrag die Regulierungsmechanismen des Rundfunks nicht 1:1 auf das Internet übertragen werden können, können wir auch in Elternhaus und Schule die Regeln für „alte Medien“ nicht auf die neuen Medien übertragen. Daher sind Elternarbeit und digitale Bildung auch wichtige Komponenten für einen funktionierenden Jugendmedienschutz.

Wir sehen also: Technische Schutzprogramme sind ein unabdingbarer Baustein. Sie blocken viele Gefahren, mit denen Kinder und Jugendliche im Netz konfrontiert werden könnten, ab. Genau darum müssen wir den technischen Schutz meines Erachtens dringend weiter entwickeln. Dafür kämpfe ich. Die Programme schaffen jedoch bei weitem nicht alles.

Besonders schwierig wird es im Bereich der nutzergenerierten Inhalte. Wenn über Chatfunktionen verschiedenster Apps beispielsweise Cybergrooming stattfindet, ist das über ein Schutzprogramm kaum zu regulieren, da der Kontaktversuch hier oft bei kindgerechten Apps stattfindet, die aufgrund ihrer Inhalte für Jugendschutzprogramme nicht zu beanstanden sind. Auch beim selbst- oder gegenseitig schädigenden Verhalten von Kindern und Jugendlichen: sei es Cyber-Mobbing oder das Phänomen des Sexting – technische Filter richten hier kaum etwas aus.

Neben der Stärkung des technischen Jugendmedienschutzes führt also an der Stärkung der Medienkompetenz kein Weg vorbei. Über die Rolle der Eltern hatte ich schon Einiges gesagt. Aber auch in den Schulen muss das Thema stärker auf die Agenda. Als Bundespolitikerin kann man in dem Bereich leider vergleichsweise wenig ausrichten. Für mein Bundesland Berlin fordere ich daher digitalen Unterricht ab der ersten Klasse sowie die fächerübergreifende Vermittlung von Medienkompetenz. Dafür muss das Thema auch in der Lehrerbildung und vor allem der Fortbildung mehr Aufmerksamkeit erlangen – und zwar verpflichtend für alle und nicht nur als freiwilliges Seminarangebot.

Mein Fazit lautet also: Technische Jugendschutzprogramme ergeben natürlich Sinn. Sie sind unabdingbarer Baustein des wichtigen Schutzes unserer Kinder und Jugendlichen im Netz. Aber sie sind eben nur ein Baustein eines umfassenderen Gesamtkonzepts. Ohne Medienkompetenz, digitale Bildung und ein Elternhaus, das als kompetenter und sicherer digitaler Raum wahrgenommen wird, können sie nur einen kleinen Teil an Schutz bieten. Dabei gilt vielleicht die Regel: Je jünger das Kind, desto besser greifen noch die Schutzprogramme. Gerade jüngere Kinder erhalten über geschützte Surfräume einen sicheren und attraktiven Einstieg ins Internet. Je älter der Nachwuchs wird, desto wichtiger wird die Online-Kompetenz. Ganz ohne geht es sowieso nie.

Um in diesem Zusammenhang nochmal auf den meinen kleinen Exkurs in meine Jugend zu Beginn zurück zu kommen: Ende der 70er Jahre wurde die Ausbreitung der Telemedien begleitet von einer Debatte, in der nicht wenige Medienkritiker forderten, dass wir dringend und umgehend das Fernsehen abschaffen müssten, um vor Verblödung geschützt zu sein. Ähnliche Forderungen begleiteten bereits die Erfindung des Buchdrucks. In beiden Bereichen haben wir Schutzmechanismen

und selbständige Nutzung ganz gut unter einen Hut bekommen. Ich bin zuversichtlich, dass wir das beim Netz auch hinbekommen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit